

Antwort der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 20/2373 –

Kenntnisstand der Bundesregierung zum drohenden Chipmangel bei elektronischen Gesundheitskarten und geplante Maßnahmen

Vorbemerkung der Fragesteller

Verschiedene Krankenkassen gehen davon aus, dass es ab der zweiten Jahreshälfte zu Problemen bei der Ausgabe von elektronischen Gesundheitskarten (eGK) kommt, da nicht ausreichend Chips vorhanden sein werden. Die aktuell bereits angespannte Lage wird sich u. a. aus Sicht des größten Kartenherstellers für eGKs aufgrund des Ukraine-Krieges und der durch die Pandemie verursachten teilweisen Lockdowns weiter verschlechtern, sodass keine Versorgungssicherheit garantiert werden kann (https://www.handelsblatt.com/inside/digital_health/chipmangel-elektronische-gesundheitskarte-digitale-identitaeten-verzoegern-sich-voraussichtlich/28253682.html).

1. Ist der Bundesregierung diese Problematik bekannt, und wenn ja, seit wann?
2. Welche Maßnahmen wurden bzw. werden von der Bundesregierung unternommen, um die angespannte Situation einschließlich von stockenden Lieferketten zu entspannen und somit einer Mangelsituation möglichst vorzubeugen?

Die Fragen 1 und 2 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Der Spitzenverband Bund der Krankenkassen hat in der Verwaltungsausschusssitzung der Gesellschaft für Telematik vom 18. Mai 2022 auf diese Thematik hingewiesen. Das Bundesministerium für Gesundheit nimmt diesen Sachverhalt sehr ernst und steht hierzu im regelmäßigen Austausch mit der Gesellschaft für Telematik. Diese hat Kontakt zu den Kartenherstellern aufgenommen, um Meldungen über Lieferengpässe frühzeitig bewerten zu können. Laut aktueller Aussagen des hauptsächlich betroffenen Kartenherstellers werden ab Ende dritten Quartal 2022 Nachlieferungen von Chipmodulen erfolgen, so dass in naher Zukunft der Lieferengpass minimiert werden dürfte. Konkrete Aussagen zu weiteren Meldungen über etwaige Lieferengpässe durch die Hersteller erhalten

die Krankenkassen basierend auf deren Verträgen, da die Verantwortung für die Karten bei den Krankenkassen liegt.

3. Welche Folgen für das Gesundheitssystem werden erwartet, falls tatsächlich keine bzw. nicht ausreichend neue eGKs mehr ausgestellt werden können?
4. Welche konkreten Maßnahmen sind geplant für den Fall, dass es tatsächlich dazu kommen wird, dass keine neuen eGKs mehr ausgestellt werden können?
5. Werden Leistungserbringer und Versicherte frühzeitig informiert, um Verunsicherung zu vermeiden, und wenn ja, wie?
6. Welche konkreten Maßnahmen werden unternommen, um zum Beispiel Arztpraxen zu unterstützen, denen durch die ggf. notwendigen Ersatzverfahren ein deutlicher Mehraufwand entsteht?

Die Fragen 3 bis 6 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Bundesregierung geht nicht davon aus, dass keine neuen Karten mehr ausgestellt werden können. Die Krankenkassen versuchen derzeit nach Angaben des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen, die Unannehmlichkeiten aufgrund der unverschuldeten Engpassproblematik für die Versicherten so gering wie möglich zu halten. Deshalb konzentrieren sich die Krankenkassen auf den Austausch von eGK bei Ablauf der Gültigkeit oder Verlust und minimieren den Austausch noch gültiger Karten. Priorität hat die Sicherstellung der Primärfunktion der eGK als Anspruchsnachweis. Sollte es dennoch im Einzelfall zu Verzögerungen beim Austausch ungültiger Karten kommen, wird durch die Ausstellung von Ersatzbescheinigungen ein Versicherungsnachweis ermöglicht. Ein deutlicher Mehraufwand für die Praxen wird derzeit nicht erwartet.

7. Wird die Zeitplanung der Gematik hinsichtlich der Einführung kartenloser Verfahren bei TI (Telematikinfrastruktur)-Anwendungen (TI 2.0) mit dem Ziel von Planungssicherheit konkretisiert, und wenn ja, wann, und mit welchen neuen Terminen?

Für die Bundesregierung hat die Einführung der sog. digitalen Identitäten gemäß § 291 Absatz 8 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V) eine hohe Priorität. Es wird derzeit davon ausgegangen, dass die entsprechenden Maßnahmen zügig umgesetzt werden.